

Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2526/053.01

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2025/2026

22. Januar 2026

Änderungsantrag zur Vorlage 2526/053

der Fraktion Juso-Hochschulgruppe

Uni ohne Uniformen

Das Studierendenparlament möge beschließen:

1. Der AStA der Universität Hamburg wird damit beauftragt, sich gegenüber den zuständigen Behörden dafür einzusetzen, dass an den Campi die Polizeipräsenz vermieden wird und die Präsenz der Bundeswehr unterbleibt. Dabei soll der AStA wenn möglich, auch mit dem Präsidium der Universität zusammenarbeiten.
2. Der AStA wird außerdem damit beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass Sicherheitsgefühl der Studierenden nachhaltig zu stärken. Dazu gehören mehr Studentische Frei- und Erholungsräume, bessere Bewerbung, Ausstattung und Vernetzung von Anlaufstellen für Betroffene von (Macht-)Missbrauch, Gewalt und Diskriminierung und das Schaffen einer Lehre, die aktuelle Konflikte produktiv aufgreift und einen Diskurs ermöglicht.
3. Das Studierendenparlament bittet das Präsidium der Universität um Stellungnahme dazu, inwiefern es Kommunikation, mit der Polizei und der Bundeswehr, in den letzten Jahren gab und ob die gestiegene Präsenz dieser Institutionen am Campus in den letzten Jahren mit dem Präsidium abgesprochen ist.

Begründung

Universitäten sind zivile Orte, der kritischen Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Umständen. Die Wissenschaftsfreiheit gewährleistet, dass diese Auseinandersetzung stattfinden kann, ohne dass der Staat sich einmischt. Sie ist eine Lehre aus dem Faschismus und soll die Wissenschaft gegen Bedrohungen durch autoritäre Regierungen schützen, die sie zu ihrem Zwecke instrumentalisieren wollen. Sie soll zudem dafür sorgen, dass die Gesellschaft sich durch Wissenschaft auch gegen den Willen der Herrschenden zum Besseren entwickeln kann. Doch die wachsende Präsenz der Polizei am Campus gefährdet diese unabhängige Auseinandersetzung. Die Polizei ist eben nicht „Freund und Helfer“ sondern Ausdruck staatlicher Autorität und Gewalt. Diese wachsende Präsenz ist nicht nur symbolisch, sondern hat auch ganz konkrete Folgen. Besonders Studierende die sich linksaktivistisch engagieren, queere Menschen und BIPOC fühlen sich durch diese Polizeipräsenz nicht sicherer, sondern bedrohter. Auch impliziert die Präsenz der Polizei immer, dass Gefahr im Vollzug ist. Die Anwesenheit der Polizei erhöht daher auch hier,

nicht das Sicherheitsgefühl sondern verschlechtert es. Wir wollen, dass der Campus ein sicherer Ort für ALLE Studierenden ist. Wir lehnen daher die wachsende Polizeipräsenz am Campus ab. Sie behindert den freien uneingeschränkten Diskurs an der Universität. Die staatliche Repression wird genutzt um Bewegungen zu schwächen, die sich gegen den staatlichen und gesellschaftlichen Status Quo wendet. Das ist keine Sicherheit, das ist Repression!

Doch nicht nur die Polizei zeigt immer mehr Präsenz am Campus. Auch die Bundeswehr wird durch öffentliches Schaulaufen am Campus immer weiter normalisiert. Schon vor der sogenannten Zeitenwende, wollte die regierenden Parteien die Bundeswehr immer weiter normalisieren, so wurde die Regelung eingeführt, dass Bundeswehr-Soldat:innen in Uniform gratis mit der Bahn fahren dürfen. Dass die Bundeswehr, in Zeiten in denen ein sogenannter „neuer Wehrdienst“ diskutiert wird, am 04.12.2025 als PR-Aktion über den Campus spaziert um Stolpersteine zu putzen ist ein klar durchschaubares Manöver, für das, besonders eine Universität, die sich der Internationalisierung verschrieben hat, ein unwürdiger Ort ist. Wem Erinnerung und antifaschistischer Kampf wichtig ist braucht dafür keine Uniform, besonders nicht wenn die Uniform eine Institution repräsentiert, die zur Verteidigung von Nationalismen dient und das töten von Menschen nur aufgrund ihrer Nationalität rechtfertigt.